

«1:12 würde dem Land Schaden zufügen»

Valentin Vogt, der Industrielle und Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, hält den flexiblen Arbeitsmarkt als Standortvorteil hoch.

Am 24. November wird das Schweizer Volk über die Initiative 1:12 der Jungsozialisten abstimmen. Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, erachtet die Vorlage als Angriff auf den liberalen Arbeitsmarkt, einen zentralen Erfolgsfaktor des Standorts Schweiz. Diese Erkenntnis gelte es den Bürgerinnen und Bürgern wieder vermehrt zu vermitteln.

Herr Vogt, was spricht gegen die Initiative 1:12, aus unternehmerischer Sicht?

Wir haben in der Schweiz die Tradition, dass Löhne zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Gewerkschaften, dort, wo sie involviert sind, ausgehandelt werden. Diese dezentrale Lohnfindung hat für die Sozialpartner viele Vorteile, sie kennen die unterschiedlichen Branchen aus eigener Erfahrung. Sie können Lohnfragen damit viel besser regeln als der Staat. Das ist wahrlich keine Staatsaufgabe. Letztlich wäre 1:12 ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit, für den am Ende jemand den Preis zu bezahlen hätte: die Unternehmen über zusätzliche Steuern, die Arbeitnehmer über höhere Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträge.

«Ich bin überzeugt davon, dass die Bevölkerung die Pferdefüsse dieser Initiative erkennen wird.»

Was wären denn die volkswirtschaftlichen Nachteile?

Der liberale Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Vorteil unseres Standorts. Es ist wichtig, den Menschen das Erfolgsmodell Schweiz näherzubringen, was diesen Erfolg, der nicht selbstverständlich ist, eben ausmacht. Es gibt aus volkswirtschaftlicher Sicht viele Beispiele, wie man es nicht machen sollte. Da reicht der Blick nach Westen: Was geschieht in Frankreich, wenn Gutverdienende mit unmässig hohen Steuern belastet werden? Sie ziehen alle fort. Es muss immer ein Mittelweg gefunden werden, der solchen Leuten Anreiz genug bietet, im Land zu bleiben, und der zugleich die Bedürfnisse des Staates berücksichtigt.

Und wie beurteilen Sie die Vorlage aus staatsbürgerlicher Warte?

Das Verhältnis zwischen Staat und Bürger basiert in der Schweiz in vielerlei Hinsicht auf Vertrauen. Dieser Grundsatz würde durch eine Annahme mit Füßen getreten. Wenn gesellschaftliche Konventionen verletzt werden, ist hierzulande der Weg zu einer gesetzlichen Regelung kurz. Das muss in einer direkten Demokratie – die viele Vorteile hat – stets im Auge behalten werden. Was war denn der Auslöser für die aktuellen Debatten? Der Spielraum, den die Gesetze und die Konventionen unserer freiheitlichen Gesellschaft bieten, wurde in einigen Fällen ausgereizt oder übertreten. Jetzt müssen wir aufpassen, dass wir in der Gegenbewegung nicht übersteuern und gar Grundrechte wie Vertragsfreiheit und Eigentumsgarantie in Frage stellen.

Das heisst: nicht mit der Gesetzeskeule zuschlagen.

Ganz klar. Alles zu regulieren, kann nicht das sein, was wir in diesem Land wollen. Dass einige wenige Repräsentanten der Wirtschaft über die Stränge geschlagen haben, darf nicht als Anlass dienen, die ganze Wirtschaft in Sippenhaft zu nehmen.

Notfalls könnten Gesellschaften einer 1:12-Vorschrift ausweichen.

Auf dieser Ebene wollen wir gar nicht argumentieren. Als liberale Menschen bekämpfen wir die Vorlage aus Grundsatz-erwägungen, weil eine Annahme dem Land wirklich grossen Schaden zufügen würde. Ich bin überzeugt davon, dass die Bevölkerung die Pferdefüsse dieser Initiative erkennen wird.

Die Initianten scheinen zu verkennen oder in Kauf zu nehmen, dass die Schweiz als Wirtschaftsstandort unattraktiv würde.

Letztlich geht es um die Frage: Wollen wir in der Schweiz längerfristig Global Headquarters behalten beziehungsweise ansie-



«Der Grundsatz Vertrag vor Gesetz hat sich bewährt»: Valentin Vogt.

deln oder nicht? Die Lohnfestlegung ist für die höheren Kader ein Standortfaktor, und genau diese Personen entscheiden über die Standorte der Gesellschaften. Dabei geht es nicht bloss um Holding-Büros. Nestlé hätte in der Schweiz kaum drei Nespresso-Fabriken errichtet, wenn der Konzern nicht in Vevey seinen Hauptsitz hätte. Ohne diesen Heimatbonus stünde gar keines dieser Werke hier. Wenn der Konzernchef in der Schweiz sitzt statt in London, hat er eine ganz andere Beziehung zum hiesigen Standort.

Was geschieht im Management eines Multis, sollte 1:12 angenommen werden?

Wenn ein CEO bisher 3 Mio. Fr. im Jahr verdient hat und nach der Annahme theoretisch auf 500 000 Fr. zurückgestuft werden sollte, wird er alles daransetzen, das zu verhindern. Wir müssen den Leuten klar machen: Es gibt eine Realität auf dieser Welt. Wenn im Publikum der Eindruck besteht, es lasse sich jemand finden, der für 500 000 Fr. einen Weltkonzern führt, dann ist das vielleicht eine gut gemeinte Idee, doch so funktioniert das in der Praxis eben nicht. Stellen Sie sich das plastisch vor: Sie beurteilen als CEO eine Auswahl von fünf Ländern, und sobald die Rede auf

die Schweiz kommt, sagt man Ihnen, dass Sie dort übrigens nur 500 000 Fr. verdienen können statt wie bisher 3 Mio. Da nützen alle anderen Standortvorteile nichts mehr, oder es würde allenfalls nach Möglichkeiten gesucht, diese Lohnbegrenzung zu umgehen.

«Zuunterst im Lohngefüge ist der Spielraum enger, doch die Mitte würde es hart treffen.»

Also kein Zuzug mehr?

Wer das Gefühl hat, unter solchen Umständen kämen noch neue Gesellschaften, kennt die Realität. Und wer sagt, wir brauchen gar keine neuen Gesellschaften, der soll sich vor Augen führen, welche Unternehmen vor zwanzig Jahren hier wichtig waren und Steuern bezahlten und welche es heute sind. Die Unternehmenslandschaft hat sich stetig verändert und erneuert. Der liberale Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Standortvorteil. Wir schneiden unsere Standortvorteile ohne Not scheinbar ab, 1:12 wäre eine grosse Tranche.

Warum nicht die niedrigeren Löhne entsprechend heraufsetzen?

Das ist ebenfalls eine Illusion der Gewerkschaften, die sagen, es sei genug Geld vorhanden, man müsse es bloss von oben nach unten verteilen. Der Ansatz geht auf Marx oder Lenin zurück, ist aber fern jeder Praxis. Sollten Unternehmen als Folge von 1:12 zusätzlichen Gewinn schreiben, dann würde der vermutlich den Eigentümern zufließen, und die sitzen mehrheitlich im Ausland. Zwei Drittel der kotierten Gesellschaften in der Schweiz gehören ausländischen Aktionären.

Wie wirkt es sich auf das ganze Lohngefüge aus, wenn der CEO sich einschränken muss? Alles spricht von «unten» und «oben», doch was geschieht gegebenenfalls mit dem Mittelbau? In grossen Gesellschaften müssten wohl Tausende von Arbeitsverhältnissen angepasst werden. Wenn

Zur Person

Valentin Vogt ist Verwaltungsratspräsident von Burckhardt Compression. Er führte den Hersteller von Kolbenkompressoren bis Frühjahr 2011 als CEO; zusammen mit dem Managementteam und einem Finanzpartner hatte Vogt dieses Geschäft 2002 aus Sulzer herausgekauft und 2006 an die Börse gebracht. Seit gut zwei Jahren ist Vogt Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Daneben ist er u. a. Vizepräsident des Verwaltungsrats von StarragHeckert, Mitglied des Vorstandsausschusses von Economiesuisse sowie des Wirtschaftsbeirats der Schweizerischen Nationalbank. Vogt, Jahrgang 1960, ist Ökonom mit HSG-Abschluss. **MR**

das Gehalt des obersten Chefs von 3 Mio. auf 0,5 Mio. gekürzt wird, dann wird sich für denjenigen, der zuvor 400 000 Fr. verdient hat, auch einiges verschlechtern. Zuunterst im Lohngefüge ist der Spielraum enger, doch die Mitte würde es hart treffen.

Mit Folgen für den Fiskus und die Sozialversicherungen.

Solche indirekten Folgen haben die Initianten nicht bedacht. Wer 3 Mio. verdient, zahlt kräftig Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und gibt zudem viel Geld aus. Wenn er nun noch ein Sechstel davon erhält, wird er auch deutlich weniger Geld an den Fiskus liefern sowie in Umlauf setzen.

Nach Steuern kann ja nicht mehr von 1:12 die Rede sein.

Die Initiative müsste im Grunde 1:6 heissen. Wir haben nachgerechnet, dass jemand, der in der Stadt Zürich lebt und 1,5 Mio. verdient, davon erst mal 700 000 Fr. an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen leistet, bevor er einen einzigen Franken ausgibt. Die Schweiz hat kein Ungleichheitsproblem. In keinem Land der Welt sind die Vollzeitlöhne so gleichmässig verteilt wie in der Schweiz. Schauen sie sich die Gini-Koeffizienten an (eine Masszahl für die Gleichheit der Verteilung von Einkommen oder Vermögen, Anm. d. Red.). Wir sind sehr gut aufgestellt, vor und nach Umverteilung. Die Schweiz ist sozialer als die nordischen Staaten. Wir sollten den Fokus vielmehr auf Chancengerechtigkeit legen, etwa dass beispielsweise Jugendliche ausländischer Herkunft leichter eine Lehrstelle finden.

Gerade was Berufseinsteiger betrifft: 1:12 würde den Anreiz schaffen, die Beschäftigten in Niedriglohnsparnissen abzubauen...

...was uns zur Mindestlohn-Initiative bringt. Die ist ebenso gefährlich. Dass jeder wenigstens 4000 Fr. verdienen soll, klingt zwar sympathisch, doch wir dürfen nicht vergessen, worauf der Wohlstand der Schweiz beruht: eben nicht auf extrem hoher Produktivität, sondern darauf, dass ausserordentlich viele Menschen am Arbeitsprozess teilnehmen: 83% der Menschen zwischen 15 und 64 Jahren arbeiten, davon rund 400 000 im Niedriglohnsegment. Davon wiederum leben nur 14% in Armutshaushalten, das heisst, dass in vielen solchen Haushalten Zusatzverdienste hinzukommen. Und von den 400 000 Arbeitnehmenden, die weniger als 4000 Fr. verdienen, sind mehr als 50% nur während einer kurzen Zeit – meistens beim Einstieg in Berufsleben – in dieser Einkommenskategorie. Der Anteil an Arbeitnehmenden mit einem Stundenlohn unter 22 Fr. ist bei Jugendlichen unter 25 Jahren mit 23% deutlich am höchsten.

Welche Effekte hätte ein vorgeschriebener gesetzlicher 4000-Fr.-Mindestlohn?

Wir haben eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten weltweit, weil es uns gelingt, die Jugendlichen über das duale Berufsbildungssystem in den Arbeitsprozess zu bringen. Viele Lehrabgänger finden nach der Lehre eine Stelle, an der sie weniger als 4000 Fr. pro Monat verdienen. Viele der Lehrabgänger wohnen noch zu Hause und können vom Anfangsgehalt gut leben. Sie gewinnen an Erfah-

rung, bilden sich weiter und verdienen dann mehr. Wollen wir den Einstieg ins Berufsleben nach der Lehre wirklich erschweren? Genau das würde ein gesetzlicher Mindestlohn bewirken. Zudem haben wir bereits heute Mühe, Niedrigqualifizierte oder Leistungsschwächere in den Arbeitsprozess zu bringen. Jede weitere Lohnmassnahme macht das noch schwieriger.

Sie kennen die Gewerkschaften aus den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen gut. Wie erklären Sie sich ihren Kurs pro 1:12 und Mindestlohn denn?

Manchmal verstehe ich ihr Verhalten nicht. Bisher hat sich in der Schweiz der Grundsatz Vertrag vor Gesetz bewährt, also differenzierte Lösungen vor Uniformität. An diesen Grundfesten wird nun gerüttelt. Kein einziger der 615 Gesamtarbeitsverträge (GAV, Anm. d. Red.) stipuliert sechs Wochen Ferien, doch dann musste das Volk über genau diese Forderung abstimmen. Unlängst wurde der GAV in der Maschinenindustrie ausgehandelt, der für das Tessin Lohnuntergrenzen von deutlich weniger als 4000 Fr. festlegt. Wie kann jemand so etwas vereinbaren helfen und gleichzeitig über eine Initiative etwas anderes fordern? Oder: Just während wir Arbeitgeber daran sind, in der Altersvorsorge aus den Schützengräben zu kommen und auf den Sozialpartner zuzugehen, wird eine Initiative lanciert für 10% mehr AHV. Das ist verantwortungslos und unehrlich.

«In keinem Land der Welt sind die Vollzeitlöhne so gleichmässig verteilt wie in der Schweiz.»

Wo liegen die tieferen Ursachen für solche Verhaltensweisen?

Wenn ein Land mal Nummer eins ist, wie die Schweiz wieder im jüngsten Wef-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit, darf man nicht übermütig werden. Dann leistet man sich Fehler und ist in wenigen Jahren nur noch Nummer fünf oder sieben. Wir stehen unter massivem Druck aus dem Ausland, der Streit über die Steuerregimes mag als Beispiel genügen. In dieser Situation sollten wir nicht noch mutwillig unsere Stärken gefährden. Vielleicht ist das ein Symptom des hohen Wohlstands. Im Durchschnitt geht es den Leuten in der Schweiz gut, und für diejenigen, denen es nicht so gut geht, haben wir Sozialwerke, die helfen, die meist temporären Probleme zu lindern. Wir müssen die Empörungswelle nutzen, um den Leuten zu erklären, dass unser Wohlstand nicht gottgegeben ist.

Ist es nicht paradox, dass in einem Land, dem es so gut geht, recht viele Leute Unzufriedenheit und Unmut zeigen?

Die Schweiz ist sehr gut durch die Krise gekommen. Wir haben über die vergangenen zehn Jahre 500 000 neue Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen! Es liegt wohl am Zeitgeist, dass von links wie von rechts eine Polarisierung vorangetrieben wird, es findet dauernd eine Skandalisierung statt. Hinzu kommt der Voyeurismus unter dem Titel Transparenz, und für jedes Thema dienen die Publikums-gesellschaften als Zielscheibe. Was bei den vielen privaten Gesellschaften geschieht, interessiert in der öffentlichen Debatte jedoch niemanden. Oder auch betriebsintern: Sobald in einem Unternehmen die Mitarbeiterlöhne transparent werden, steigt die Unzufriedenheit rapide.

Welchen Ausgang der Abstimmung erwarten Sie?

Die 1:12-Abstimmung ist mit guter Arbeit zu gewinnen. Es muss das Ziel sein, ein deutliches Signal zu setzen. Letztlich werden die Bürgerinnen und Bürger zur Einsicht kommen, dass wir alle zwar den Staat brauchen und dass er eine wichtige Rolle spielt, dass es jedoch Bereiche gibt, in die er nicht einzugreifen hat.